



BRÜSSEL 4, den

17 -01- 1985

N° .....

An den Herrn Wirtschaftsminister

Square de Meeüs 23

1040

BRUSSEL

Nr. 16.141/II/PD  
AR/MTV

Betrifft : Allgemeine Regelung über Elektroinstallationen.  
Fehlende deutschsprachige Fassung.

Sehr geehrter Herr Minister !

In ihrer Sitzung vom 18. Oktober 1984 hat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle (S.K.S.K.) eine durch mehrere Einwohner des Gebietes deutscher Sprache eingereichte und vom deutschsprachigen Mitglied der Kommission weitergeleitete Klage behandelt, die sich auf das Fehlen einer deutschsprachigen Fassung der allgemeinen Regelung über Elektroinstallationen (A.R.E.) bezieht.

Die Kläger haben sich über die Gesellschaft ohne Erwerbszweck VINCOTTE beschwert, welche - da diese Materie in ihrem Tätigkeitsbereich liegt -, die Initiative ergriffen hat, eine Broschüre mit dem neuesten Text der A.R.E. und deren Ausführungserlassen zu veröffentlichen. Diese Broschüre ist nur in französischer und in niederländischer Sprache erhältlich.

Die S.K.S.K. stellt fest, daß es sich bei der G.o.E. VINCOTTE um ein Privatunternehmen handelt, das in diesem Bereich keinen Auftrag der öffentlichen Hand erhalten hat. Die Koordinierten Sprachgesetze finden also in diesem Fall keine Anwendung.

../..

Die Kommission weist darauf hin, daß die durch die Dienststellen des Wirtschaftsministeriums ausgearbeitete und dem Königlichen Erlass vom 10. März 1981 beigelegte Allgemeine Regelung über Elektroinstallationen gemäß Art. 56, Abs. 1, der K.S.G., in französischer und in niederländischer Sprache im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht wurde. Ein Verstoß gegen die K.S.G. liegt also nicht vor und die -zulässige- Klage ist als unbegründet anzusehen.

Die S.K.S.K. stellt jedoch fest, daß die A.R.E. ein Dokument darstellt, das, laut seinem Artikel 268, 4. und 5., ein Industrieunternehmen seinem Personal zur Verfügung stellen muß oder aus dem die an dieses Personal gerichteten Vorschriften und Anweisungen entnommen werden können (Art. 268, 4. und 5. der A.R.E.). Bei Nichtvorhandensein einer deutschsprachigen Fassung könnte ein Industrieunternehmen, dessen Sitz sich im Gebiet deutscher Sprache befindet, schwerlich diese Bestimmung anwenden, da Artikel 52, Abs. 1, der K.S.G. ihm den Gebrauch der Sprache des Gebietes, nämlich Deutsch, sowohl für die Urkunden und Dokumente, die durch das Gesetz und die Vorschriften festgesetzt sind, als auch für diejenigen, die an das Personal gerichtet sind, auferlegt.

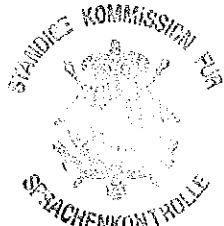
Dieser Gesichtspunkt hebt die Bedeutung der Empfehlung, die schon mehrmals durch die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle ausgesprochen wurde, hervor, wonach es, auf Grund der bereits eingetretenen und der laufenden institutionellen Reformen sowie des stattgefundenen Meinungswandels, wünschenswert wäre, über eine Übersetzung des Textes der Königlichen Erlasse und Ministerialverordnungen, wie dies bereits Brauch ist in der Aufmachung der Texte im Belgischen Staatsblatt (siehe Gutachten Nr. 12.163/I/P vom 11.6.1981), zu verfügen.

Die S.K.S.K. ist der Auffassung, daß solche Aufgaben eine Priorität für den durch das Gesetz vom 10. Juli 1973 bereits geschaffenen und in den Artikeln 76 und 77 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983

über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft erwähnten "Ausschuß für die offizielle deutsche Übersetzung der Gesetze, Erlasse und Verordnungen" darstellen müßten.

Eine Abschrift dieses Gutachtens wird der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Klageführer übermittelt.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

Der Vorsitzende,  
  
~~FÜR GLEICHLAUTENDE ABSCHRIFT,~~  
~~Der Präsident,~~  
 J. FLEERACKERS